

Pressemitteilung Nr. 25 vom 7. September 2017

Die Bildungsgewerkschaft GEW zum Schuljahresbeginn in Bayern: Jetzt wirksame Maßnahmen gegen den Lehrer*innenmangel und für mehr Bildungsqualität und gute Arbeitsbedingungen!

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Bayern stellte heute in München ihr Maßnahmenpaket gegen den massiven Lehrer*innenmangel und gegen die hohe Lehrer*innenarbeitslosigkeit dar. Nach ihren Angaben suchen einerseits rund 5.000 junge Lehrkräfte für Realschulen und Gymnasien Arbeit in den Schulen. Andererseits geht die Bildungsgewerkschaft aufgrund vorliegender Zahlen davon aus, dass in den Grund- und Mittelschulen etwa 400 Stellen unbesetzt bleiben und ca. 600 befristet angestellte Kolleg*innen eingesetzt werden müssen. Unter anderem Studierende mit und ohne Examen sowie nicht-pädagogisch ausgebildetes Personal sollen den eklatanten Lehrkräftemangel verschleiern. Auf vier Feldern regt die GEW deutliche Reformen an. Und die sind dringend erforderlich: „Steigende Schülerzahlen, weniger Lehrkräfte, immer mehr Krankheitsfälle durch Überlastung – das ist die Realität an den Schulen“, so der Landesvorsitzende Anton Salzbrunn heute in München.

Spätestens zum letzten Schuljahr wurde die Not an den Grund-, Mittel- und Förderschulen durch den Lehrer*innenmangel für die Öffentlichkeit deutlich sichtbar: Unterrichtsausfall, Überlastung der Beschäftigten, hektische Suche nach Ersatzkräften, die Bildung von „Kombi-Klassen“ über Nacht. Mit massiven Beschwerden von Eltern, Personalrät*innen bis zu Kommunalpolitiker*innen, von Niederbayern bis Unterfranken. Politiker*innen aller Parteien protestieren regional z. B. gegen drohende Schulschließungen aufgrund von Lehrkräftemangel. Die aktuelle Studie zur künftig sehr großen Zunahme der Schülerzahlen hat es überdeutlich werden lassen: Die Staatsregierung muss sich jetzt bewegen. Sie kann und darf „Unsitten“ wie die jährlich wieder verursachte Sommerferienarbeitslosigkeit von Lehrkräften oder ewig wiederkehrende Befristungen von vor allem jungen Lehrer*innen nicht fortführen.

Die vier Felder des Maßnahmenpakets im Einzelnen:

- Zum ersten muss die Staatsregierung die schlechten Rahmenbedingungen der Zweitqualifizierungen für Gymnasial- und Realschullehrkräfte verbessern, damit sie gut an den Grund-, Mittel- und Förderschulen arbeiten können. Ruth Brenner, Mitglied im Hauptpersonalrat, verdeutlicht das: „An fünf Nachmittagen und in zwei Basisveranstaltungen kann die Grundschulpädagogik einschließlich des komplexen Erstunterrichts auf keinen Fall ausreichend vermittelt werden.“ Ruth Brenner, die selbst an einer Grundschule unterrichtet, dazu weiter: „Wir brauchen eine Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung für die jungen Kolleg*innen, damit eine ordentliche Nachqualifizierung möglich wird.“
- Zweitens muss über ein gleiches Eingangsgehalt für alle Lehrkräfte (A13/E13) die Attraktivität der Arbeit an den Grund- und Mittelschulen erhöht werden. Dass dies möglich ist, macht das Land Berlin gerade seit dem 1. August 2017 vor. Grundschullehrer*innen haben aktuell die höchste Unterrichtsverpflichtung bei

gleichzeitig niedrigster Bezahlung. „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“: Dieses Prinzip müsse auch für Lehrer*innen gelten, so die GEW Bayern.

- Eine dauerhafte und langfristige Lösung des Problems von Mangel an Lehrer*innen und gleichzeitiger Arbeitslosigkeit von Lehrkräften strebt die GEW über eine Reform der Lehrer*innenbildung in Richtung von Stufenlehrkräften an. Diese werden nicht mehr strikt getrennt nach Schularten ausgebildet, sondern nach Jahrgangsstufen der Schüler*innen (Jgst. 1 bis 6 bzw. Jgst. 5 bis 13). Das Prinzip der Fachlichkeit wird bei dieser Reform der Lehrer*innenbildung beibehalten. So könnten die Pädagog*innen gut in verschiedenen Schularten arbeiten.
- Als vierte, kurzfristig mögliche Maßnahme schlägt die GEW Bayern vor, dass der „Lotsendienst“ (Grundschullehrkräfte an Realschulen und Gymnasien) künftig von Real- und Gymnasiallehrkräften übernommen wird und die „externe Evaluation“ ausgesetzt wird. Damit, so Ruth Brenner, „würden etwa 300 Lehrer*innen für den Unterricht an Grund- und Mittelschulen frei.“

„Die Zeiten für bloße Ankündigungen oder gar Schönfärberei sind jetzt vorbei“, sagte GEW-Landesvorsitzender Anton Salzbrunn ebenfalls heute in München. Mit der bloßen Floskel „Es fehlt nicht an Geld, es fehlt an Köpfen“ werde sich niemand mehr so leicht aus der Verantwortung stehlen können, ergänzte Salzbrunn. „Es fehlt an Menschen in bestimmten Schularten, weil das Geld gefehlt hat und weil dieses Geld aktuell immer noch fehlt.“ In den kommenden Landeshaushalten und bereits jetzt im Nachtragshaushalt 2018 müsse endlich der Bildung Vorrang eingeräumt werden. Hier erwarteten die Beschäftigten in den Schulen, die Schüler*innen und Eltern deutlich Bewegung im konkreten Handeln von Staatsregierung und Landtagsmehrheit, gerade auch vor den Wahlen in Bund und Land. Sonntagsreden zu guter Bildung und leere Wahlversprechen braucht niemand.

Rückfragen gerne an:

Ruth Brenner, Tel. 0172 / 96 00 30 6 und
Bernhard Baudler, Tel. 089 / 54 40 81 - 21

V. i. S. d. P.: Elke Hahn, GEW Bayern, Schwanthalerstr. 64, 80336 München; Tel. 0171/6760000